

Beschlussprotokoll der Sitzung der Gemeindevertretung Mühlenbecker Land am 03.12.2018

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 21.25 Uhr

Tagungsort: Bürgersaal, Franz-Schmidt-Str. 3, OT Schildow

Anwesenheit siehe Teilnehmerliste

Frau Bonk
Herr Labitzky
Frau M. Voigt

FBL Finanzen, Verwaltung, Soziales
FBL Bauen, Ordnung, Bürgerservice
Protokollantin

Gäste: Vertreter des Edeka-
Marktes: Herr Maske
Vertreter der Rundendreher e.V.:
Herr Birkicht
Bürger: ca. 40
Presse: 2x

Tagesordnung

I. öffentlicher Teil:

<u>Vorlagen-Nr.</u>	<u>TOP</u>	<u>Vorlage</u>
	01	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit
	02	Informationen des Vorsitzenden der Gemeindevertretung
	03	Informationen des Bürgermeisters
	04	Einwohnerfragestunde
	05	Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 08.10.2018
	06	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung
III/0662/18	07	Antrag der Fraktion Die LINKE: Pflege, Erhalt, Erweiterung, Erneuerung straßenbegleitender Bäume und Alleen
III/0712/18	08	Antrag der Fraktion DIE LINKE: Vorschläge und Variantenuntersuchungen zur Änderung der Beitragssatzungen (KAG/BauGB) zum Straßenbau
III/0707/18	09	Antrag der Fraktion Freie Wähler: Beschlussantrag zur Neufassung über die Erhebung von Beiträgen für die straßenbaulichen Maßnahmen (KAG/BauGB)
III/0708/18	10	Antrag der Fraktion Freie Wähler: Beschluss zur Vorlage bei der Landesregierung Brandenburg zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG)
III/0711/18	11	Antrag von Frau Zanow, Frau Liekweg, Herr Pump: Fortsetzung der Arbeiten zum Ausbau des Gehweges in der Dorfstraße im OT Zühlsdorf
III/0696/18	12	Haushaltsplan 2019
III/0616/18	13	Beschluss zur Übergabe der Aufgabe des Wohnungsbaus und der Wohnungsverteilung nach Maßgabe des § 122 Abs. 3 BbgKVerf an den Landkreis Oberhavel
III/0601/18	14	Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem Landkreis Oberhavel zwecks Gründung einer gemeinsamen Wohnungsbaugesellschaft
III/0700/18	15	Einleitungsbeschluss Änderung des Flächennutzungsplanes Schönfließ für den Geltungsbereich „Sportstätte Schönfließ - Am Reitweg“
III/0701/18	16	Aufstellungsbeschluss B-Plan GML Nr. 35 „Sportstätte Schönfließ -Am Reitweg“, OT Schönfließ
III/0702/18	17	Beschluss zur Errichtung einer 4.ten 1. Klasse für die Grundschule Mühlenbeck zum Schuljahr 2019/2020
III/0703/18	18	Information zur Aufnahme der Waldorfschule in den gemeinsamen Schulbezirk der Gemeinde Mühlenbecker Land
III/0704/18	19	2. Änderungssatzung zur Satzung für die kommunalen Friedhöfe der Gemeinde Mühlenbecker Land
III/0706/18	20	Beschluss über die Satzung zum Bürgerhaushalt der Gemeinde Mühlenbecker Land
III/0709/18	21	Bildung eines Wahlkreises für die Kommunalwahl 2019
	22	Behandlung von Anfragen der Gemeindevertreter
	23	Informationen aus den Ausschüssen und Verbänden

II. nichtöffentlicher Teil:

<u>Vorlagen-Nr.</u>	<u>TOP</u>	<u>Vorlage</u>
	24	Einwendungen gegen den nicht öffentlichen Teil der Niederschrift vom 08.10.2018
	25	Informationen des Vorsitzenden der Gemeindevertretung
	26	Informationen des Bürgermeisters
III/0713/18	27	Auftragsvergabe Los Einrichtung/Möbelierung Neubau Kita Heidekrautbahn
III/0714/18	28	Beschluss Eilentscheidung zur Berufung GBG ./ GML vom 22.10.18
	29	Behandlung von Anfragen der Gemeindevertreter
	30	Informationen aus den Ausschüssen und Verbänden

Niederschrift

I. öffentlicher Teil:

TOP 01: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Grimm eröffnet die Sitzung, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 02: Informationen des Vorsitzenden der Gemeindevertretung

Keine Informationen.

TOP 03: Informationen des Bürgermeisters

Herr Smaldino-Stattaus informiert:

- Am 29.01.2019 findet um 19.00 Uhr die Heidekrautbahn-Konferenz im Bürgersaal statt. Veranstalter ist die Gemeinde Mühlenbecker Land gemeinsam mit der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Heidekrautbahn.
- Der Jahresabschluss 2016 wurde durch die zuständigen Mitarbeiter des Landkreises geprüft und die Entlastung wurde empfohlen.
- Es ist ein Vororttermin mit dem Biberbeauftragten des Umweltministeriums und Vertretern des Wasser- und Bodenverbandes „Schnelle Havel“ vorgesehen.

Herr Berschneider regt an, dass auch Vertreter der unteren Wasserbehörde zu diesem Termin eingeladen werden.

TOP 04: Einwohnerfragestunde

Herr S. Maske (Mitinhaber des Edeka-Marktes) informiert über die geplante Schließung des Marktes. Durch die Initiative des Bürgermeisters sei eine Öffnung noch bis ca. Mitte Mai 2019 möglich. Er erläutert, warum die Schließung notwendig sei. Er befinde sich in Kontakt mit Herrn Vorschulze (Projektplaner des Objektes auf dem sich der Edeka-Markt befindet). Es bestehe vielleicht die Aussicht auf diesem Gelände einen neuen Markt zu errichten. Nähere Informationen seien zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Der bestehende Lieferservice wird erhalten.

Herr Grimm bedankt sich für die Ausführungen.

Herr Klann spricht die Petition betreff des geplanten Straßenausbaues Lindeneck an. Er sagt, dass ca. 80% der Anlieger diese Petition unterzeichnet haben, da diese mit der Planung nicht einverstanden seien. Er überreicht das Original der Petition an Herrn Grimm.

Herr Grimm nimmt die Petition entgegen und teilt mit, dass der Beratungsgang eingehalten werde.

Herr Klann sagt, dass diese Petition nicht gegen einen Ausbau sei, es betreffe ausschließlich die Planung des Vorhabens.

Herr Schwartzer erwähnt den geplanten Ausbau der L 21. Es fand bereits eine diesbezügliche Beratung (Feuerwehr) statt. Während dieser Zusammenkunft wurden einige vorgesehene Maßnahmen angesprochen, mit denen eine Großzahl der Bürger (z.B. die Fällung von Bäumen, Verbreiterung der Straße) nicht einverstanden sei. Die Fraktion „Freie Wähler“ haben daraufhin eine Petition eingereicht. Er bittet die Mitglieder der Gemeindevertretung und die Verwaltung diesbezüglich um Unterstützung und benennt einige Punkte der Petition.

Frau Tirado (Mitglied des Elternbeirates Mühlenbecker Land) spricht die derzeitige Kinderbetreuung in der

Kita „Raupe Nimmersatt“ an. Sie meint, dass die Erarbeitung eines Notfallplanes dringend erforderlich sei. Aus Sicht des Elternbeirates sei es erforderlich, zusätzlich Erziehungspersonal einzustellen. Die Eltern seien ihrer Ansicht nach dann grundsätzlich bereit, höhere Elternbeitragsgebühren zu zahlen.

Herr Smaldino-Stattaus verweist auf den bestehenden Betreuungsschlüssel. Es werde bereit, durch die Erhöhung des Leitungsanteils eine zusätzliche Stelle durch die Gemeinde finanziert.

Frau Tirado weist darauf hin, dass die finanziellen Mittel für das Personal im Kitabereich im Jahr 2017 nicht ausgeschöpft wurden. Sie meint, dass bei anderer Prioritätensetzung die Finanzierung zusätzlicher Stellen möglich sei.

Frau Bonk erläutert, dass sich der finanzielle Überschuss durch die Vorsorge ergäbe. Es komme öfter durch Krankheit der Erzieher zu Ausfällen, dies ließe sich nicht verhindern. Sie geht auf die Betreuungssituation der vergangenen Tage ein und erläutert, wie diese gelöst wurde (z.B. kurzfristige Aushilfe der Horterzieher in der Kita). Sie verweist auf die aktuelle schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt betr. staatlich anerkannter Erzieher/innen.

Herr Saro sagt, dass die Thematik „Notfallplan“ in der kommenden Sitzung des Sozialausschusses beraten werde.

Frau Borgmann meint, dass in der Gemeinde zu wenig Mülltonnen / Papierkörbe vorhanden sind.

Herr Grimm möchte wissen, ob sie dies konkretisieren könne.

Frau Borgmann entgegnet, dass dies aus ihrer Sicht auf das gesamte Gemeindegebiet zutreffe.

Frau Tirado stimmt dem zu, sie plädiert für die Aufstellung zusätzlicher Mülleimer.

Herr Friedrich schildert die Situation am Summter See, hier bestehe aus seiner Sicht auch der Bedarf an zusätzlichen Mülleimern.

Frau Basta meint, dass die Leerung der vorhandenen Mülleimer zu selten erfolge.

Herr Smaldino-Stattaus verweist auf die schwierige personelle Situation bei den Gemeindearbeitern und sagt eine Prüfung / Rücksprache mit den zuständigen Mitarbeitern zu.

TOP 05: Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 08.10.2018

Es werden keine Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.10.2018 erhoben.

TOP 06: Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung

Keine Änderungsanträge. Die Tagesordnung wird mehrheitlich bestätigt.

TOP 07: Antrag der Fraktion Die LINKE: Pflege, Erhalt, Erweiterung, Erneuerung straßenbegleitender Bäume und Alleen

Herr Grimm fragt Herrn Henning nach dem Meinungsbild des Umweltausschusses (UA).

Herr Henning begrüßt die Überarbeitung des Antrages, informiert über die Beratung des Ausschusses und verweist auf das Abstimmungsergebnis.

Frau Liekweg verweist in der Stellungnahme der Verwaltung auf Punkt 1 des Antrages vom 20.09.2018 und bittet auch im Namen der Fraktion SPD-B908/Grüne, die Antragsteller diesen Punkt in den Antrag aufzunehmen, um den Verwaltungsaufwand zu minimieren.

Herr Haberkern hält es für notwendig, dass bei der Erarbeitung der Prioritätenliste die betroffenen Anlieger mit einbezogen werden. Er verweist auf die zusätzlich zu pflanzenden Bäume, die die Kosten und Folgekosten für die Anlieger erhöhen. Er weist auch auf die Problematik der Laubentsorgung hin.

Herr Grimm bittet um Abstimmung über den vorliegenden geänderten Antrag.

Beschlusstext:

Der Bürgermeister wird beauftragt,

1. die der jährlichen Baumkontrolle und die daraus resultierenden festzulegenden notwendigen Maßnahmen für Pflege-, Schnittmaß- und Ersatznahmen, inkl. Kosten, im UA vorzustellen.
2. eine „Prioritätenliste“ für Baumpflanzungen (Ersatz- und Erweiterungspflanzungen) zu erarbeiten (gem. Stellungnahme der Verw. S. 2, letzter Absatz)
Diese soll 2019 beraten und beschlossen werden.
3. die Ortsbeiräte, den Ausschuss für Umwelt (UA) und die Gemeindevertretung bei „Orts- und Straßenbild prägenden bzw. –verändernden Maßnahmen“ (gem. Stellungnahme der Verw. S 2, 6. Absatz) zu beteiligen
Das betrifft z.B.: Neu- /Umgestaltung von Alleen, Fällen von Bäumen, Ersatz-/ bzw. Neupflanzungen.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
21	11	8	2	0

Beschluss Nr.: III/0662/18/31

TOP 08: Antrag der Fraktion DIE LINKE: Vorschläge und Variantenuntersuchungen zur Änderung der Beitragssatzungen (KAG-BauGB) zum Straßenbau

Herr Lackmann erinnert an den bereits im Jahr 2017, durch die Fraktion DIE LINKE, gestellten Antrag zur Senkung der Straßenausbaubeiträge und die daraus resultierenden Beratungen. Er benennt die im vorliegenden Antrag enthaltenen Rechenbeispiele und erläutert diese.

Herr Grimm möchte wissen, ob dieser Antrag auch als Verweisung in die Ausschüsse zu verstehen sei.

Herr Lackmann regt an, dass der Satzungsentwurf im Frühling 2019 fertiggestellt werde.

Herr Haberkern begrüßt die umfangreiche Erarbeitung dieses Antrages. Durch die Freien Wähler wurde zwischenzeitlich eine Änderung bezüglich des Straßenausbaubeitrags für die Anlieger im Land Brandenburg beim Landtag eingereicht. Die Freien Wähler haben eine Volksinitiative gestartet, um Hausbesitzer in Brandenburg von Kosten für den Straßenausbau zu befreien. Er spricht sich für eine Senkung der Beiträge in der Gemeinde Mühlenbecker Land aus. Er meint, dass eine Senkung der Beiträge u.a. auch durch kostengünstigere Bauvarianten (schmale Straßen) erreicht werden könne. Dies würde zu einer sofortigen finanziellen Entlastung der Bürger führen.

Herr Grimm erwähnt, dass die Straßenbaubeiträge derzeit bundesweit ein Diskussionsthema seien.

Herr Müller teilt mit, dass der Ausbau der Sandstraßen unter das Baugesetzbuch falle. Dadurch sind Kosten durch die Anlieger zu tragen. Die derzeitige Initiative der Freien Wähler betreffe ausschließlich das Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg (KAG). Für die Problematik der „Härtefälle“ wie z. B. einseitige Bebauung müsse nach Lösungswegen gesucht werden.

Herr Berschneider meint, dass die Ergebnisse der Bürgerbefragungen Bestandteil einer Beschlussfassung sein müsse.

Herr Grimm bittet um Abstimmung, zur Verweisung in die Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
21	20	0	1	0

Verwiesen in die Ausschüsse.

TOP 09: Antrag der Fraktion Freie Wähler: Beschlussantrag zur Neufassung über die Erhebung von Beiträgen für die straßenbaulichen Maßnahmen (KAG / BauGB)

Herr Grimm schlägt vor, diesen Antrag in die Ausschüsse zu verweisen und begründet dies.

Herr Haberkern begründet den vorliegenden Antrag. Er meint, dass die anfallenden Mehrkosten für die Gemeinde zu bewältigen seien.

Frau Gaideck plädiert für eine Entlastung der Bürger. Sie stellt den Geschäftsordnungsantrag, zur Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss, bedingt durch die haushälterische Berührung.

Herr Grimm bittet um Abstimmung bezüglich einer Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
21	19	0	2	0

Verwiesen in den Haupt- und Finanzausschuss.

TOP 10: Antrag der Fraktion Freie Wähler: Beschluss zur Vorlage bei der Landesregierung Brandenburg zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG)

Herr Haberkern spricht sich für eine heutige Abstimmung aus und begründet dies.

Frau Liekweg meint, da es in unserem Gemeindegebiet vorrangig um den Ausbau von Sandstraßen gehe und somit, dass Baugesetzbuch greife. Sie stellt den Geschäftsordnungsantrag, diesen Antrag in den Bauausschuss zu verweisen.

Herr Lackmann beantragt, im Namen seiner Fraktion „Die Linke“ um folgende Ergänzung nach Punkt 3: *Die Gemeindevertretung der GML bittet den Landtag und die Landesregierung Brandenburg, sich für die Änderung des BauGB zu den Bestimmungen zur Herstellung von Erschließungsanlagen nach §§ 125, 127, 129 unter Einbeziehung und Umsetzung des Bundesverwaltungsgerichtsurteils BVerwG 9 C 5.06 vom 11. Juni 2007/OVG 4 L 572/04 Sachsen/Anhalt bezogen auf die konkrete Situation des „Straßenausbaus“ einzu-*

setzen.

Bezüglich der Begründung bittet er, nach Punkt, 1 um folgende Einfügung:

Das BVerwG hat mit seinem Urteil vom Juli 2007 den „Sandstraßenausbau“ als Erschließung von der Voraussetzung des Vorhandenseins eines B-Plan gem. § 125 (1) BauGB aufgehoben.

Demzufolge gibt es keine Erschließungsträger und ebenso wenig B-Plangebiete.

Als „Erschließungsträger“ tritt nunmehr die Kommune auf, ohne dass mittels B-Planverfahren die Ziele, Zwecke und wesentlichen Auswirkungen der eigentlichen Bauleitplanung dargelegt und begründet sind.

Vorhandenen Grundstückseigentümern mit vorhandener Bebauung wird das Erschließungsrecht übergestülpt.

Im Erschließungsrecht bleiben Außenbereichsflächen und sonstige nicht bebaubare Flächen von der Beitragserhebung frei.

Diesem Umstand muss gesetzlich Rechnung getragen werden. Dazu gehört, dass die Kommunen für diese Art der „Sandstraßen-Erschließung“ durch den Bund über die Länder finanziell ausgestattet werden müssen. (s. Anlage)?

Herr Grimm bittet um Abstimmung des vorliegenden Antrags der Freien Wähler inklusive der Änderungen / Ergänzungen durch DIE LINKE zur Verweisung in den Bauausschuss.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
21	18	2	1	0

Verwiesen in den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Gewerbe.

TOP 11: Antrag von Frau Zanow, Frau Liekweg, Herr Pump: Fortsetzung der Arbeiten zum Ausbau des Gehweges in der Dorfstraße im OT Zühlsdorf

Verbesserung des Gehweges in der Dorfstraße OT Zühlsdorf für einen Zeitraum von maximal 7 Jahren auszusetzen.“ Dieser Beschluss wurde bedingt durch die anfallenden Kosten für die Anlieger gefasst. Da der Gehweg in einem sehr schlechten Zustand ist, wurde der vorliegende Antrag eingereicht. Durch die Mehrheit der Anlieger werde ein Aufschub gewünscht. Er schlägt vor, folgende Anregung in der Sitzung des Hauptausschusses zu beraten: Zeitnaher Bau des Gehweges, aber eine Bezahlung durch die Anlieger erst in ca. drei Jahren. Er möchte wissen, ob die Antragsteller diesen Vorschlag befürworten.

Frau Liekweg stimmt dem zu. Sie verweist darauf, dass dieses Bauvorhaben bereits im Haushalt 2017 eingeplant war. Eine Herstellung des Gehwegs sei dringend notwendig. Derzeit gehe es nur um die Fortführung des Bauprogrammes.

Herr Haberkorn meint, dass bei diesem Bauvorhaben das Kommunalabgabengesetzes (KAG) zum Tragen komme. Derzeit seien keine akuten Gefahrenstellen sichtbar. Er spricht sich für eine Verschiebung des Bauvorhabens aus.

Herr Müller erwähnt, dass es ungünstig sei, Bauvorhaben im Mai auszuschreiben, dies verursache Mehrkosten für die Anlieger, auch wenn diese erst zu einem späteren Zeitpunkt beglichen werden müssen.

Herr Pump stimmt einer Beratung im Hauptausschuss zu. Er weist darauf hin, dass dieses Bauvorhaben nicht unter das KAG falle.

Herr Berschneider möchte wissen, ob eine Anliegerbeteiligung erfolgt sei.

Frau Liekweg verweist darauf, dass eine Reparatur des Gehweges nicht möglich sei, da die vorhandenen (fast nur defekten) Platten in Sand verlegt wurden. Bürgerbeteiligungsverfahren sowie Informationsveranstaltungen wurden durchgeführt. Die zu erwartenden Kosten, bei einer Grundstücksgröße von ca. 1.000 m² belaufen sich voraussichtlich auf ca. 3.000,00 €. Da die anliegende Straße eine Landesstraße ist, werden die Bürger bei einer möglichen Instandsetzung dieser Straße nicht an den Kosten beteiligt. Sie werden nur an den Kosten für die Nebenanlagen beteiligt.

Herr Saro stimmt Frau Liekweg zu, er befürwortet den Vorschlag von Herrn Grimm. Er habe eine Vorortbegehung durchgeführt und bestätige die Notwendigkeit eines Ausbaues.

Herr Grimm bittet um Abstimmung, über die Verweisung dieses Antrages in den Haupt- und Finanzausschuss. Der Hauptausschuss werde gebeten zu prüfen, ob die Möglichkeit bestehe, dass bei zeitnaher Bauausführung die Anlieger einen Zahlungsaufschub von drei Jahren erhalten.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
21	17	0	4	0

Verwiesen in den Haupt- und Finanzausschuss.

TOP 12: Haushaltsplan 2019

Frau Bonk teilt mit, dass der Haushalt einen Überschuss ausweise. Sie verweist auf die eingearbeiteten Änderungen:

- Erhöhung des Leitungsanteils in den gemeindlichen Kindereinrichtungen. Dies ziehe einen zusätzlichen Personalaufwand in Höhe von ca. 40.000,00 € nach sich. Diese Kosten sind ausschließlich durch die Gemeinde zu finanzieren.
- Das im Entwurf enthaltene Fahrzeug für den Gerätewart wird aus Sicht der Feuerwehr nicht benötigt und daher ersatzlos gestrichen.

Es sind 2019 Investitionen von 6,40 Mio. € vorgesehen, u.a. für die Verbesserung der Parksituation am S-Bahnhof Mönchmühle, den Straßenausbau usw. Es liegen bereits Vorschläge für den Haushaltsplan 2020 vor.

Herr Lackmann begrüßt, dass fast alle Vorschläge der einzelnen Fraktionen berücksichtigt wurden. Er benennt einige Beispiele, z.B. den Wohnungsbau und das Verkehrskonzept. Er geht kurz auf die Straßeninstandsetzungen und die Kitagebühren ein. Er bedankt sich bei Frau Bonk für die Erläuterungen zum Haushaltsplan innerhalb der Fraktionssitzung, sowie bei allen Mitarbeitern der Verwaltung für die Arbeit im Jahr 2018. Änderungswünsche bezüglich der Übersichtlichkeit im Haushalt wurden vorgebracht und werden 2020 durch die Verwaltung berücksichtigt. Einige Wünsche für die Zukunft sind z.B., die Öffnungszeiten der Jugendclubs auf die Wochenenden zu erweitern und die Erarbeitung eines Konzeptes bezüglich einer Großküche.

Herr Berschneider spricht die geplanten Investitionen im Bereich Straßenbau an und möchte diesbezüglich nähere Informationen haben. Bei einem möglichen Ausbau der Mönchmühlen Straße spricht er, bedingt durch die geringe Bebauung, die hohen zu erwartenden Kosten für die Anlieger an.

Herr Müller begrüßt die Einfügung der Änderungen. Er empfindet die Marketingkosten als sehr hoch. Die Planungskosten für den Anger an der Kirche in Schildow seien aus seiner Sicht erheblich.

Herr Saro erläutert, warum die Erhöhung des Leitungsanteils in den Kitas notwendig sei und wie sich diese Erhöhung auf die einzelnen Kindereinrichtungen auswirke.

Herr Haberkern bedankt sich bei Frau Bonk für die Erarbeitung dieses Haushaltes. Er begrüßt die Fortführung des Wohnungsbaues in der Gartenstraße. Die Kreditzahlung bezüglich des Schulbaues sei aus seiner Sicht nicht gerechtfertigt und müsse überprüft werden (Schulgesetz Par. 107 Absatz 1). Er bittet darum, dass gemeinsam mit dem Landrat diesbezüglich nach Lösungswegen gesucht werde, da diese Schule nicht im Eigentum der Gemeinde sei.

Herr Ziekursch begrüßt, dass diese Schule gebaut wurde.

Herr Saro stimmt Herrn Ziekursch zu, die Mehrzahl der Bürger seien dankbar, dass dieses Schulangebot in der GML vorhanden sei.

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung beschließt die Haushaltssatzung 2019 einschließlich ihrer Anlagen.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
21	19	1	1	0

Beschluss Nr.: III/0696/18/31

TOP 13: Beschluss zur Übergabe der Aufgabe des Wohnungsbaus und der Wohnungsverteilung nach Maßgabe des 122 Abs. 3 BbgKVerf an den Landkreis Oberhavel

Herr Grimm gibt eine kurze Erläuterung zu dieser Beschlussvorlage.

Herr Müller befürchtet, dass eine diesbezügliche Zusammenarbeit mit dem Landkreis von Nachteil für die Gemeinde sei. Er meint, dass die Einflussnahme der Gemeinde auf den Bau, die Anzahl der Wohnungen, die Vermietung, den Mietpreis zu gering sei. Er regt an, dass eine mögliche Zusammenarbeit mit einer Genossenschaft überdacht und geprüft werde.

Herr Smaldino-Stattaus antwortet, dass eine große Wohnungsnachfrage bestehe. Diese hohe Nachfrage sei nur gemeinsam mit dem Landtag zu bewältigen.

Herr Saro sagt, dass er diese Beschlussvorlage begrüße. Er spricht die große Wohnungsnachfrage an. Er sehe keine Schwierigkeiten bei einer Zusammenarbeit mit dem Landkreis.

Herr Ziekursch spricht sich gegen diese Beschlussvorlage aus.

Herr Haberkern befürchtet eine finanzielle Überlastung. Die vorgesehene Anzahl der zu bauenden Wohnungen (ca. 300) sei aus seiner Sicht zu hoch. Er spricht sich dafür aus, dass weiterhin Wohnungen durch die Gemeinde erstellt werden. Dadurch sei eine konkrete Planung (z.B. Anzahl der Wohnungen) durch die Gemeinde möglich. Er erwähnt, dass die Stadt Hohen Neuendorf einen diesbezüglichen Vertrag mit dem Landkreis gekündigt habe. Er vermute, dass dies auch aus den vorgenannten Gründen sei.

Herr Grimm sagt, er habe der Presse entnommen, dass die Stadt Hohen Neuendorf im Sommer 2018 einen vergleichbaren Vertrag mit dem Landkreis abgeschlossen habe. Laut Presse wurde dieser Vertrag bedingt durch Meinungsverschiedenheiten gekündigt. Aus seiner Sicht zeige dies an, dass ggf. immer noch die Mög-

lichkeit eines „Rückzuges“ bestehe.

Herr Müller stellt den Geschäftsordnungsantrag, auf sofortige Abstimmung.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
20	9	10	1	0

Frau Rennspieß nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Herr Grimm stellt fest, dass dieser Antrag abgelehnt wurde und somit die Rednerliste weitergeführt werde.

Herr Müller bezieht sich auf die angeblich hohe Wohnungsnachfrage: Seitens der Fraktion CDU/FDP/AG ML wurde diesbezüglich eine schriftliche Anfrage an die Verwaltung gestellt. Die Antwort lautete, es sei kein Bedarf bekannt.

Herr Lackmann erinnert daran, dass der soziale Wohnungsbau eine gemeinsame Aufgabenstellung. Derzeit gehe es nur um eine Beschlussfassung zur Gründung einer gemeinsamen Wohnungsbaugesellschaft. Der Inhalt einer möglichen Kooperationsvereinbarung werde zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert. Er befürworte eine Zusammenarbeit mit dem Landkreis.

Herr Berschneider vermisst in den Vorlagen die Nennung konkreter Zahlen, z.B. wie viele Wohnungen gebaut werden sollen. Er befürworte den Bau von Sozialwohnungen, aber nicht in Zusammenarbeit mit dem Landkreis.

Herr Smaldino-Stattaus zieht diesen Antrag zurückziehe. Er werde mit den zuständigen Mitarbeitern des Landkreises Rücksprache führen, um die aufgetretenen Fragen zu erläutern. Er werde auch die Hintergründe der Vertragskündigung durch die Stadt Hohen Neuendorf hinterfragen.

TOP 14: Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem Landkreis Oberhavel zwecks Gründung einer gemeinsamen Wohnungsbaugesellschaft

Entfällt, durch den Rückzug des TOPs 13: Beschluss zur Übergabe der Aufgabe des Wohnungsbaus und der Wohnungsverteilung nach Maßgabe des § 122 Abs. 3 BbgKVerf an den Landkreis Oberhavel

TOP 15: Einleitungsbeschluss Änderung des Flächennutzungsplanes Schönfließ für den Geltungsbereich 'Sportstätte Schönfließ - Am Reitweg'

Herr Grimm verliest die Beschlussvorlage und die bisherigen Abstimmungsergebnisse.

Herr Müller teilt mit, dass die Mitglieder des Ortsbeirates Schönfließ dieser Beschlussvorlage zustimmen.

Frau Gaideck bemängelt, dass diese Vorlage nicht im Sozialausschuss beraten wurde. Sie beantragt eine Verweisung in den Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport (SoA).

Herr Lackmann befürworte diese Beschlussvorlage. Eine Beratung im SoA stimme er zu. Die Überprüfung des Standortes begrüße er.

Herr Berschneider meint, dass eine Sportstätte in allen Ortsteilen zu begrüßen sei. Der vorgeschlagene Standort in Schönfließ befindet sich im Landschaftsschutzgebiet. Eine Sportanlage im OT Mühlenbeck sei aus seiner Sicht notwendiger u.a. auch bedingt durch die dortige Schule. Er meint, dass die Einwilligung der unteren Naturschutzbehörde vorliegen müsse.

Herr Grimm weist darauf hin, dass diese Beschlussfassung notwendig sei, um eine verbindliche Aussage der unteren Naturschutzbehörde zu erhalten.

Herr Friedrich meint, dass die Beschlussvorlagen zum Sportplatz in Zühlsdorf ebenfalls nicht den Mitgliedern des Sozialausschusses vorlag.

Herr Smaldino-Stattaus sagt, dass bereits eine Anfrage an den Landkreis gerichtet wurde. Eine schriftliche Aussage werde erst nach Beschlussfassung getroffen.

Herr Müller meint, dass es bisher nie üblich war, dass ein Aufstellungsbeschluss im SoA beraten wurde.

Frau Liekweg betont, dass sie nicht gegen den Bau einer / dieser Sportanlage sei. Sie plädiere aber für eine Standortüberprüfung. Eine Verweisung in den Sozialausschuss hält sie für notwendig. Frau Gaideck habe bereits einen Antrag auf Verweisung gestellt.

Herr Brietzke stimmt Herrn Smaldino-Stattaus zu, um weitere Schritte einzuleiten, benötigen die zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung eine Beschlussfassung.

Herr Haberkern weist darauf hin, dass nicht zwingend notwendig sei, dass diese Beschlussvorlage im SoA beraten werde. Diese Entscheidung könne durch die Gemeindevertreter getroffen werden.

Herr Grimm bittet um Abstimmung bezüglich einer Verweisung in den Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
20	5	13	2	0

Frau Rennspieß nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Herr Grimm sagt, dass die Mehrheit der Mitglieder der Gemeindevertretung gegen eine Verweisung in den SoA gestimmt habe, somit werde heute über die vorliegende Beschlussvorlage abgestimmt.

Herr Grimm bittet um Abstimmung über die vorliegende Beschlussvorlage.

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Mühlenbecker Land beschließt gemäß §2 Abs. 1 BauGB die Einleitung eines Verfahrens zur Änderung des Flächennutzungsplanes Schönfließ für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes GML Nr.35 „Sportstätte Schönfließ - Am Reitweg“, OT Schönfließ.

Das Plangebiet ist im beiliegenden Lageplan (siehe Rückseite und Anlage) dargestellt, der Bestandteil des Beschlusses ist.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
20	17	1	2	0

Beschluss Nr.: III/0700/18/31

Frau Rennspieß nimmt nicht an der Abstimmung teil.

TOP 16: Aufstellungsbeschluss B-Plan GML Nr. 35 'Sportstätte Schönfließ -Am Reitweg', OT Schönfließ

Herr Grimm verliest den Beschlussvorschlag.
Es besteht kein Beratungsbedarf.

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Mühlenbecker Land beschließt gemäß §2 Abs.1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes GML Nr.35 „Sportstätte Schönfließ – Am Reitweg“, OT Schönfließ.

Planungsziel ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Neuerrichtung einer Sportanlage im Ortsteil Schönfließ. Hierfür ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes und die Änderung des Flächennutzungsplanes Schönfließ für den Teilbereich „Sportstätte Schönfließ – Am Reitweg“ erfolgen im Parallelverfahren gemäß §8 Abs. 3 BauGB.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
20	15	1	4	0

Beschluss Nr.: III/0701/18/31

Frau Rennspieß nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Herr Grimm bittet um Abstimmung bezüglich einer Beratung der Standortfrage im SoA.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
18	9	6	3	0

Frau Rennspieß, Frau Liekweg und Herr Friedrich nehmen nicht an der Abstimmung teil.

TOP 17: Beschluss zur Errichtung einer 4.ten 1. Klasse für die Grundschule Mühlenbeck zum Schuljahr 2019-2020

Herr Grimm verliest die Beschlussvorlage.
Herr Saro erläutert die Notwendigkeit dieser Vorlage.
Es besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Beschlusstext:

Beschluss zur Errichtung einer 4.ten 1. Klasse für die Grundschule Mühlenbeck zum Schuljahr 2019/2020

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
18	18	0	0	0

Beschluss Nr.: III/0702/18/31

Frau Rennspieß, Herr Friedrich und Herr Müller nehmen nicht an der Abstimmung teil.

TOP 18: Information zur Aufnahme der Waldorfschule in den gemeinsamen Schulbezirk der Gemeinde Mühlenbecker Land

Herr Berschneider möchte wissen, ob eine Satzungsänderung notwendig sei, da dies ein freier Träger sei. Frau Bonk sagt, dass keine Satzungsänderung notwendig sei, da bereits ein gemeinsamer Schulbezirk bestehe. Der Schulbeginn ist mit Beginn des Schuljahres 2019/2020 vorgesehen.

TOP 19: 2. Änderungssatzung zur Satzung für die kommunalen Friedhöfe der Gemeinde Mühlenbecker Land

Herr Grimm verliest die Beschlussvorlage und die bisherigen Abstimmungsergebnisse. Der Ortsbeirat Schil-dow habe erst heute über diesen Punkt beraten. Frau Gaideck informiert, dass die Mitglieder des Ortsbeirates einstimmig zugestimmt haben. Herr Berschneider möchte wissen, warum diese Änderung notwendig sei. Frau Bonk erläutert, dass diese Satzung an die aktuelle Gebührensatzung angepasst wurde.

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung beschließt die 2. Änderungssatzung zur Satzung für die kommunalen Friedhöfe der Gemeinde Mühlenbecker Land (Friedhofsatzung)

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
19	17	2	0	0

Beschluss Nr.: III/0704/18/31

Frau Rennspieß und Herr Friedrich nehmen nicht an der Abstimmung teil.

TOP 20: Beschluss über die Satzung zum Bürgerhaushalt der Gemeinde Mühlenbecker Land

Herr Lackmann begrüßt diesen Satzungsbeschluss.

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Mühlenbecker Land beschließt die Satzung der Gemeinde Mühlenbecker Land zum Bürgerhaushalt.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
18	15	0	3	0

Beschluss Nr.: III/0706/18/31

Frau Rennspieß, Herr Brietzke und Herr Friedrich nehmen nicht an der Abstimmung teil.

TOP 21: Bildung eines Wahlkreises für die Kommunalwahl 2019

Herr Grimm verliest den Beschlussvorschlag.
Weiterer Beratungsbedarf besteht nicht.

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung beschließt, dass zur Kommunalwahl am 26.05.2019, das Wahlgebiet der Gemeinde Mühlenbecker Land einen Wahlkreis bildet.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
18	17	0	1	0

Beschluss Nr.: III/0709/18/31

TOP 22: Behandlung von Anfragen der Gemeindevertreter

Herr Berschneider möchte wissen, ob eine Infoveranstaltung bezüglich des Ausbaus der L 21 mit den Anliegern geplant sei.

Herr Grimm bittet darum, dass Herr Berschneider im Nachhinein diesbezüglich informiert werde.

Herr Haberkern spricht das Grab der Zwangsarbeiter aus dem II. Weltkrieg an und möchte wissen, wer für dessen Pflege verantwortlich sei.

Herr Grimm bittet darum, dass durch die zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung diese Information weitergeleitet werde.

TOP 23: Informationen aus den Ausschüssen und Verbänden

Keine Informationen.

Herr Grimm schließt den öffentlichen Teil, die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.